

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 19 600, wöchentlich 5300, durch Boten bezogen 20 000, bei Postbezug 20 000 M. (ohne Postgebühr). Ergibt sich wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 500 M. Sonntags 1300 M. Alle Preise freibleibend. Postgebühr, Leipzig 16 654. Geschäftsstelle: Kaiserstraße 4. Für unregelmäßige Lieferungen wird f. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenweise Millimeter Zeitraum 600 M. und der Spaltenweise Millimeter Zeilenraum 2400 M. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufnahme mit 1500 M. in Rechnung genommen. Aftersgebühr 1800 M. Porto beizulegen. Alle Preise freibleibend. Anzeigenfrist vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondervertrag. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 165

Donstag, den 17. Juli 1923.

163. Jahrgang.

Enttäuschung in London über Poincarés Absage

Benehmi bei Millerand.

London, 16. Juli. Die Rede Poincarés hat allen amtlichen Kreisen, die die Hoffnung hegten, daß Baldwin klare Auseinandersetzungen des englischen amtlichen Mitbestimmungsrechtes in der Reparationsfrage genügen würden, um Frankreich zu einer entgegenkommenden Haltung zu bewegen, eine große Enttäuschung bereitet. Zerschlagen dem Poincaré seinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er die beiden englischen Grundätze ablehne, wonach mit Deutschland zu verhandeln sei, bevor es den passiven Widerstand aufgegeben habe, und die Deutlichkeit vom 7. Juni als eine brauchbare Diskussionsgrundlage anzusehen sei, flammten sich diese Kreise jetzt wieder an eine neue Hoffnung. In Paris amtlichen Kreisen soll der Gedanke erwohnen werden, ob bald nach Eintreffen des englischen Entwurfs einer Antwortnote an Deutschland

eine Konferenz zwischen Poincaré und Baldwin herbeizuführen sei. Belgien, so wird weiter gefolgert, habe Baldwin's Erklärungen besser aufgenommen als Frankreich. Es werde daher eine „Zwischenlösung“ des französischen Beamtensprechers herbeizuführen in der Lage sein. Anzudeuten geht in London in offener und bestreiteter Form der Kampf um die politische Orientierung in Europa weiter. Die Lloyd-George-Liberalen und die Arbeiterpartei, die beiderseits den Kampf um die Bahn einer selbständigen Politik weiterzuführen, interpretieren heute Poincarés Rede als

eine verletzende Abfrage an England

und weitgehend der Bestimmung nach, als einen Bruch der Entente. Die „Morning Post“, die von den jenseitigen Mächtigern auswendig die schärfste Kritik an dem Gedanken einer selbständigen Reparationspolitik geübt hat, nimmt Poincarés Rede zum Anlaß, noch einmal die Frage aufzuwerfen und zu verneinen, ob England auf daran läge, daß es ohne Bundesgenossen und ohne ein hartes Vorgehen europäische Politik treibe. Zum Schluß erklärt das Blatt: Es sei hier mit Nachdruck gesagt, daß die Regierung sich sofort jenseitig klarheit bringender und amtlicher deutschfreundlicher angelegter Sachverständiger vom Dable schaffen sollte, wozu denen sie im Interesse Deutschlands und der deutschen Souveränität, denen sie im Interesse christlichen Nächsten haben keine Verhinderung von der Unheiligkeit mancher dieser Leute, die behaupten, einen unheimlichen Mut zu erteilen, obwohl sie Beziehungen zu Deutschland und deutschen Interessen haben. Indem unsere Regierung solchen Verleumdungen Beachtung widmet, gerät sie in die Gefahr, unbewußt in eine Politik hineinzugehen zu werden, die sie ausgerechnet werden, einer konventionellen Regierung der konservativen Partei und den Volksmassen widerwärtig sein würde.

Paris, 16. Juli. Das politische Ereignis des gestrigen Sonntags ist für unterrichtete Kreise von Paris nicht etwa die Rede Poincarés, die dem Kenner der hiesigen Verhältnisse nichts Neues brachte, sondern eine lange Unterredung, die der tschechoslowakische Minister in Paris, Benes, am 15. Juli unmittelbar nach seiner um 5 Uhr nachmittags erfolgten Rückkehr aus London mit Millerand gehabt hat. Die Bedeutung dieser Unterredung wird nicht gemindert, sondern eher gesteigert durch den Umstand, daß als Verhandlung für den Besuch Benes' in der Chyše die Ueberreichung des höchsten Ordens der Tschechoslowakei an den Präsidenten der französischen Republik angegeben wird. Man nimmt hier an, daß diese Ordensüberreichung mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit Poincarés betont wurde.

Niemand zweifelt daran, daß Benes dem Präsidenten der Republik über Benes' den Besuch Benes' in der Chyše eingehend mit ihm besprochen hat. Ueber den Verlauf der Unterredung ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Es verlautet jedoch, Benes' sei davon überzeugt, daß eine rasche Regelung ausgemacht sei, weil eine Verständigung zwischen England und Frankreich, falls sie überhaupt zustande kommen sollte, über lange Zeit erforderlich wäre.

In der Rede Poincarés ist hier vor allem anzufassen, daß die Forderung der vorliegenden Einkünfte aus dem passiven Widerstandes darin nicht betont wurde. Daraus darf aber nach der hier vorerwähnten Auffassung nicht geschlossen werden, daß Frankreich auf seinen bisherigen Standpunkt verziehe. In unterrichteten Kreisen ist man davon überzeugt, daß Poincaré in seiner Rede den bevorstehenden Verhandlungen mit England, an deren Beschleunigung ihm nichts liegt, in keiner Weise vorzugehen will.

Die Pariser Morgenpresse rühmt die Rede Poincarés als eine „Bewundernswürdige“. In manchen Mächtigern wurden aber Bedenken über die Beschleunigungspolitik laut. Es verdient Beachtung, daß neben dem „Gaulois“ und dem „Deuxième“ auch der „Temps“ in seinem Sonntag-Beitrag über die Rede

Poincarés nachdrücklich die Notwendigkeit des raschen Beschlusses eines klaren französischen Programms betont. Bertinax berichtet in „Echo de Paris“ aus London, daß England mit seinem Entwurf für eine Antwort auf die deutschen Vorschläge vor allem die Forderung der Forderung von Frankreich erhebe. Er bezeichnet Brüssel „als das Zentrum der diplomatischen Schlacht“. Der „Matin“ hat in seiner Sonntagnummer Erklärungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer veröffentlicht, die wieder einmal beweisen sollen, daß die Inkubation in jeder Hinsicht ein glänzendes Geschäft für Frankreich sei. Zudem weist er heute im „Echo National“ nach, daß die von dem Minister genannten Zahlen falsch seien.

Der britische Antwortentwurf.

Paris, 16. Juli. Der Inhalt des britischen Antwortentwurfes an Deutschland wird nach einer Meldung des „Pettit Journal“ aus London wie folgt angegeben:

1. Der Vorschlag der Ernennung einer Sachverständigenkommission.

2. Vorschlag einer sofortigen Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Alliierten und Reform der Markwährung.

3. Einladung an Deutschland, den passiven Widerstand einzustellen, wogegen die Alliierten sich verpflichtet würden, das Ruhrgebiet zu bestimmen und von vornherein festgelegten Daten zu räumen.

Der Entwurf der Antwortnote werde, wie der „Observer“ schreibt, am Dienstag von Lord Curzon fertiggestellt sein. Mittwochs werde er dem Kabinett vorgelegt werden. Ob die Mantelnoten gleichlautend sein würden, sei zweifelhaft. Es liege auf der Hand, daß die britische Regierung Poincaré, mit dem sie in Meinungserhebungen stehe, anderes zu sagen habe als Mussolini, der im wesentlichen die Auffassung der britischen Regierung teile.

Berhöhrter Belagerungszustand in Bochum.

Neue Drangsalierungen der Bevölkerung.

Bochum, 16. Juli. In Bochum hat sich gestern nachmittags eine schwere Explosion ereignet, die in ihrer Auswirkung zu einer neuen unerhörten Verschärfung der Lage im mittleren Ruhrgebiet geführt hat.

In Weimar am streife Bochum, wo auch der Stab der Division liegt, befindet sich an einer Straße, die sehr von Ausflüglern benutzt wird, ein Auto depot, in dem Dutzende von gehoblenen Wagen aufgestellt sind. Hier hat sich gestern nachmittags die Explosion angetragen. Es ist noch nicht möglich, genaue Feststellungen über den Umfang der Zerstörung zu machen, doch erzählen Augenzeugen, daß die Explosion sehr schwer gewesen sei. Trotzdem ihre Ursache durchaus noch nicht festgestellt ist und es sehr naheliegt, daß sie auf irgendeine Selbstentzündung infolge der großen Hitze zurückzuführen werden kann, haben die Franzosen nicht nur gleich ganze Scharen von Ausflüglern aus der Umgebung der Anglistische zusammengetrieben, und sie bis in die Nacht hinein in dem gegen Abend stürmenden Regen zusammengepfercht gehalten, sondern auch außerordentliche Maßnahmen gegen die Stadt Bochum verhängt. Es wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt, zu dem auch

die berichtigte Nachpferde gehört, der in Dortmund und in den Orten nördlich des Kanals, in Auer, Gladbeck, Neffinghausen, Marx zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Stadt Bochum steht jetzt also vor einem ähnlichen Martyrium. Damit aber nicht genug, haben die Franzosen die Stadt vollkommen abgeschnitten. Der Straßenbahnverkehr von der Umgebung wird nur bis zur Stadtgrenze durchgeführt. In Bochum selbst liegt der Straßenbahnverkehr vollkommen still, da die Franzosen die Einföhrung der Stromversorgung erzwungen haben. Aber auch der Fußgängerverkehr von und nach Bochum ist gestört. Niemand wird in die Stadt hinein- oder heransgeschickt. Welche persönlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich an dieser Abschneerungsmaßnahme ergeben, die sich würdig an die Luidlung dieser Stadt wegen des feinerzeitigen Geschäftshofens anschließen, liegt bei der engen Verbundenheit gerade der Orte des mittleren Ruhrgebietes auf der Hand. Drohend ist vor allem die Gefahr für die Lebensmittelversorgung.

Wirtschaftliche Umschau.

Der letzte Defizitenausweis der Reichsfinanzverwaltung spiegelt getreulich unsere staatsfinanzielle Lage wieder. Einnahmen in Milliarden, Ausgaben in Billionen. Allein an diskontierten Schatzanweisungen weist er eine Erhöhung um 7,7 Milliarden gegenüber der letzten Defizit aus, denen nur 155,8 Milliarden an Einnahmen gegenüberstehen. Die sich ergebende Schuld des Reiches an diskontierten Schatzanweisungen hat damit die 22. Milliarde überschritten. Diese Ziffern beweisen zur Genüge die Notwendigkeit, daß eine Ordnung der Staatsfinanzen schleunigst und mit aller Schärfe durchgeführt werden muß. Die Regierung darf in der Notensprelle nicht mehr das Mittelmittel zur Deckung ihrer Ausgaben sehen. Einen Vorschlag, wie die fünftägige Finanzsteuer und Währungsreform in Zukunft zu führen ist, haben der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss gemeinsam mit dem Arbeitsausschuss für die Währungsfrage im Reichswirtschaftsrat vorgelegt. Dieses Gutachten, das in Form von Leitlinien gegeben worden ist, beschäftigt sich mit der Steuer-, Finanz- und Reichsbankpolitik, weiterhin mit der Goldrechnung und der Einführung werbendfähiger Obligationen, nimmt Stellung zu der Frage der werbendfähigen Löhne und zur Reichsbankpolitik.

Die Beratungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Frage der Anpassung der Löhne an die Geldentwertung sind noch nicht abgeschlossen. Beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verteidigen ihre Grundätze, die Arbeitgeber wollen einen Index, dem im wesentlichen die Devisenrente und das Goldpreisniveau zugrunde liegt, die Arbeitnehmer dagegen wünschen die Errechnung der Verhältnissatz auf Grund der Lebenshaltungskosten. Inzwischen sind die Verhandlungen mit dem IFA-Bund zu Ende geführt worden, und durch sie zum ersten Mal praktisch ein werbendfähiger Lohn eingeführt worden. Der Metallarbeiterstreik in Berlin ist ebenfalls teilweise abgeklungen worden, die Beilegung des Arbeiterkonfliktes im Baugewerbe steht zu erwarten.

Unterwegs geht eine ungeheure Preiswelle über das Land hinweg, trotzdem die Devisenrente auf ungefähr derselben Höhe gehalten wurden. Man muß allerdings bei dieser Devisenrente berücksichtigen, daß zwischen den Berliner Notierungen und den Notierungen an den Auslandsbörsen eine erhebliche Differenz besteht, so daß die in Berlin veranschlagten Preise für fremde Zahlungsmittel eigentlich nur nominell höher sind. Aber wenn die Reichsbank kann teilweise Weg der Nachfrage genügen, sondern muß schärfste Reparationen bei den wichtigsten Devisen vornehmen. In Wirtschaftlich also wird sich die Inflation zu verhalten nach den Notierungen an den Auslandsbörsen richten. So erklärt sich auch, daß die Preise trotz relativ stabiler Devisenrente an der Börse weitersteigen. Diese Preiswelle über den Konsumenten natürlich am härtesten bei den Lebensmitteln. Die Getreidepreise fanden bis vor kurzem noch nur als Notwendigkeit, weil der Einfuhrhandel angeblich nicht Devisen genug hatte, wegen der Reparationen auf dem Devisenmarkt, um Getreide einzuführen. Seine Erklärung, daß er für lange Zeit mit Getreide eingebetert ist, hat der Handel offenbar schon wieder vergessen. Es liegt also die Vermutung nahe, daß er die Warenvorräte vom Markt fernhält. Diese Tatsache verdient hervorgehoben zu werden, weil im Falle steigender Lebensmittelpreise der Hunger der Bevölkerung sich zu Unrecht gegen die landwirtschaftlichen Produzenten richtet. Wenn in den letzten Tagen die Getreidepreise vorübergehend etwas zurückgegangen waren, so dürfte auch hier der Großhandel seine Hand im Spiele haben. Es scheint, daß wir von der Devisenrente nicht zu erwarten ist. Man wird aber nicht annehmen können, daß die Banken mit der seit dem Herbst 1921 begonnenen Reservepolitik fortgefahren haben, eine Politik, die der deutschen Volkswirtschaft noch einmal zugute kommen wird, denn wir durch die große Inflation und Währungsreform hindern müssen. Diese Feststellung braucht nicht daran zu hindern, daß man mit der Zins- und Profitspolitik der Banken nicht immer einverstanden war,

ebenfalls die Entlassungsgeschäft oft anders hätte gehandhabt werden können.

Die Post erhöht ihre Gebühren vom 1. August ab recht beträchtlich: ein Fernbrief wird 1000 Mark kosten, die übrigen Gebühren erfahren eine entsprechende Steigerung und zum 1. September ist eine weitere Erhöhung der Tarife in Aussicht genommen. Diese Erhöhungen sollen das Defizit der Reichspostverwaltung besetzen helfen. Es betrug am 1. Juli 2,5 Billionen Mark, allein inzwischen hat sich dieser Betrag um 4,8 Billionen Mark für Personal- und 1,2 Billionen Mark für sachliche Aufwendungen vergrößert; sodas das jetzige Defizit bei der Post etwa 8,5 Billionen Mark beträgt!

Die Ernteausbeuten für das Brotgetreide haben sich infolge des warmen Wetters etwas günstiger gehalten. Die Weizennte dagegen wird erheblich mehr unter dem Einfluß der vergangenen, zu lange anhaltenden Kälte- und Kälteperiode stehen, sodas die Ausbeuten für die Ernte hier recht läßig sind.

Neue Morde.

Sobowinkel 16. Juli. Bei den Verurtheilungen das abgeordnete Götze, überlebte, wurde hier am Sonnabend der Kaufmann Hanken in aus Düsseldorf durch die Stugel eines französischen Postens so schwer verletzt, das er noch am gleichen Abend starb.

„Gabus“ berichtet aus Düsseldorf über einen Mordanschlag, bei dem ein Deutscher um Leben gekommen. Gestern Abend fielen an der Eisenbahnstraße nach Einbruch der Nacht zwei Mörder auf einen Mann, der sich auf dem Weg zum Bahnhof befand und seinen Folgen irgendwelche Verwundungen bezugsstellen, fügt die Meldung laienhaft hinzu, eine Patrouille habe auf zwei Deutsche geschossen, von denen einer getötet worden sei.

Eine amerikanische Studienkommission eingetroffen.

Am Auftrage der Washingtoner Regierung ist am Montag in Berlin eine Reihe von führenden Leuten Amerikas eingetroffen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zu studieren. Die Studienkommission, die unter der Führung des amerikanischen Arbeitsministers James Davis steht, kommt aus New-York und wendet sich nach Erfassung ihrer Berliner Mission nach Warschau, von dort nach Rom, um dann die Rückreise wieder anzutreten.

Mussolini redigiert die faschistische Politik.

Rom, 16. Juli. In der Deputiertenkammer gab vor diebsteigendem Hause Mussolini bei der Besprechung der 23. Jahresreform eine Meinerung über die faschistische Regierung. Er bemerkte gegen die Republik, ihre Mitarbeiter sei nicht klar genug und zu reich an Vorbereitungen, um für die Regierung wertvoll zu sein. Er sei für die Politik ganz unangenehm und über die kleinen Schritte nicht. Faschismus habe die Macht in den Händen und werde sie behalten. Man wolle ihm vor, daß er die Freiheit verleihe. Was ist Freiheit? Es gibt keine absolute Freiheit, es gibt Freiheiten. Die sozialistische Freiheit fängt immer mit der Freiheit von der Arbeit an! Das ist nicht wahr, daß keine Regierung freiheitsliebend sei, das habe den Volkstumtag festgestellt, das allgemeine Stimmrecht beibehalten und den Frauen das administrative Wahlrecht gegeben. Sein Ausnahmestück sei erlassen worden. Aber natürlich habe die faschistische Revolution wohl das Recht für sich. Das Recht habe ihn nie um Freiheit gebeten oder sich besorgt, daß der Faschismus um Freiheit leide. Auch die Kriegsteilnehmer sind für die Regierung. Man braucht nicht zu behaupten, daß alle Welt zufrieden sei, denn der Staat ist nun einmal der Welt gedient. So habe nicht den Wunsch, das Parlament abzuschaffen, denn man wolle nicht, was man an seine Rechte geben solle. Man darf nicht denken, daß der Faschismus schnell vorübergehen wird, und „artig“ wird er erst werden, wenn jedermann die vorkonkretierten Angelegenheiten hat. Zu den Sozialisten gewandt, bemerkte Mussolini, er wäre glücklich, mit den Waffen der Arbeiter zusammenzutreten, und wüßte nicht, was die Arbeiter in der Regierung haben; er wäre bereit, ihnen eines der wichtigsten Ministerien zu geben. Aber die Arbeiter müßten wissen, daß man nicht tabula rasa machen könne, indem man alles unterdrücke, denn schließlich müsse man doch wiederarbeiten, was man gerührt habe. Er werde die Wahlen nur dann vornehmen lassen, wenn er überzeugt sei, das sie in vollkommener Ruhe und Ordnung stattfinden könnten. In politischer Beziehung werde er in nichts nachgeben.

Eine Tagesordnung Karuffa, wurde in ihrem ersten Teil, der der Regierung das Vertrauen ausdrückt, mit 303 gegen 140 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. In ihrem zweiten Teil, der den Lebenszug zur Einheitsregierung der Bundesrepublik betrifft, mit 234 gegen 139 Stimmen bei 77 Enthaltungen angenommen. Als Mussolini die Deputiertenkammer verließ, wurden ihm von einer ungeheuren Menschenmenge stürmische Ovationen dargebracht.

Prinzessin Margarete Hohenzollern-Hehringern verheiratet.

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, ist am Sonnabend die in München-Basing hochadelige Prinzessin Margarete Hohenzollern-Hehringern von der Regenern der Staatsanwaltschaft verheiratet worden. Die Prinzessin wird zusammen mit dem Professor Karl Schöffler und dem Leutnant zur See Viedig beibehalten, scherzhaft dem General Wittlich und dem jetzt emigrierten Erhardt Unterwaldt gegenüber zu haben. Die Prinzessin hat sich darüber hinaus noch des Meinweibes schuldig gemacht, indem sie öffentlich ausrief, das ihr Erhardt nicht kenne. Sie hatte diese Aussage, das ihr das Gegenteil nachgewiesen wurde, dann widerrufen. Durch die Nicht-Erhardt ist das Reichsjustizministerium zu der Ansicht gekommen, das auch bei der Prinzessin Hohenzollern-Hehringern besteht, weshalb ihre Verheiratung erfolgte.

Die Untersuchungen zur Nicht-Erhardt haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Einem scharfen Verbot des Reichsjustizministeriums der Verheiratung folgte die Verheiratung einiger Beamter. Die Frau Erhardt soll auch ihre Hand im Spiel gehabt haben. Man nimmt an, das sie bei ihren Besuchen ihren Gatten über die von seinen Freunden vorbereiteten Maßnahmen zur Nicht-Erhardt den laienhaften gehalten habe, so das diese programmatisch verheiratet werden. Der Verheiratung des Mannes, in dem Erhardt nicht seinen Freunden entgegen kommen ist, konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Ob der für den 23. Juli angelegte Termin für den Erhardt-Prozess aufgehoben oder verschoben wird, steht dahin. Selbstverständlich kann gegen Erhardt ein Verbot der Verheiratung erlassen werden, falls es möglich ist. Die Verhandlung gegen Erhardt abzutreten und nur gegen die Mitangeklagten Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Hehringern, Prof. Dr. Karl Schöffler und den früheren Leutnant Viedig zu verhandeln. Mit dieser Möglichkeit ist dem Staatsgerichtshof zu rathen. Die Eintrittskarten zum Prozeß werden seit Montag ausgegeben.

Die merkwürdigen Götze im Bergbau gelichtet.

Im Reichsarbeitsministerium haben gestern vormittag die Verhandlungen über eine neue Lohnregelung im Bergbau begonnen, die diesmal von ganz besonderem Interesse sind, weil das neuekommen zum erstenmal auf der Basis der Arbeit und nicht auf der Basis der abgegangenen werden soll. Ueber dieses Problem haben in der vergangenen Woche Beratungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Bergbaus stattgefunden, deren Ergebnis in seinen Einzelheiten noch geheimgehalten wird. Doch kann festgestellt werden, das die Arbeitgebervertreter des Bergbaus, ansehnlich im Hinblick auf das Verhalten anderer Arbeitgebergruppen, das einhalten haben, grundsätzlich den verheiratenden Lohnen zuzustimmen. Doch bleibt auf der anderen Seite zu berücksichtigen, das eine regelmäßige wöchentliche Anpassung der Bergarbeiterlöhne für den formgleichen Aufstieg, oder eine entsprechende Zeiterhöhung, die zu einem entsprechenden Gleiten der Arbeiterlöhne führen muß. Auf die gesamte deutsche Wirtschaft werden daher die verheiratenden Bergarbeiterlöhne mit ihren Auswirkungen in der Preisgestaltung für Kohle, Stahl, Elektrizität und von größtem Einfluß sein.

Die Merkwauschsteuer für Hamburg.

Die Hamburger Bürgerchaft hat beschloffen, die Wertzuwachssteuer aufzuheben. In der Sitzung ist sehr beifälliger Beschluß, denn er legt Bedenke in die wirtschaftswissenschaftlich nicht haltbare Vorstellung, das eine Zunahme des Preises eines Grundstücks in Kapitalmarkt einen Wertzuwachs bedeutet. Die Gebenverteilung ist kein Gewinn; auch für den Eigentümer nicht. Er hat heute noch, noch nicht im Besitz der entsprechenden Zinsen, der Aktion wird, das das Wachstum der Aktien eine Bereicherung bedeutet, verdient unter Polsteinstellung gestellt zu werden. Gerade die fähigsten Grundstücke haben nicht nur keinen Wertzuwachs erfahren, sondern infolge der Zwangsversteigerung auf dem Wohnungsmarkt eine unangenehme Wertminderung, in dem Sinne, das es über die Dinge, und es wäre dringend zu wünschen, das man diesen Dingen entgegensteht in größerem Maße Achtung trage, als das noch heute der Fall ist. Logischerweise sollte man fordern, das die auf Grund falscher ökonomischer Vorstellung erhobene Wertzuwachssteuer zuheben oder gar nicht zu erheben. Die Dinge auf die Dinge treffen wollte, dann müßte das Reich den Grundstücksbesitzer für die zwangsweise Verminderung seiner Grundstückspreise entschädigen, nicht aber Steuern von ihm fordern.

Anfrage Wulkes an den Reichskanzler.

Berlin, 1. Juli. Namens der drei baltischen Reichstagsabgeordneten hat Abg. Wulle an Reichskanzler Dr. Cuno ein Schreiben geschickt, in dem es heißt: „Ich bin in der Lage, die Verhältnisse in der Provinz Ostpreußen der proletarischen Hundstunde, der Plan der Verheiratung der Reichswehr abgedruckt worden. Diese Mitteilungen sind ebenso authentisch wie die, die seinerzeit Herr v. Graefe Ihnen über die bevorstehenden kommunistischen Unruhen in Ostpreußen gemacht und die in der Öffentlichkeit eingedrungen sind.“

Wir müssen annehmen, das auch Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, über diese Zusammenhänge völlig unrichtig sind bei dem großen Aufwand, den die Reichsregierung zur Beobachtung gewisser politischer Sitzungen in der Hand hat. Wir richten an Sie daher die Frage, was geworden ist zu tun, um den bevorstehenden Bürgerkrieg zu verhindern? Während die einzelstaatlichen Welt rufen mit schonungslos Härte gegen die unbedingt staatsrügigen Elemente der deutschen Bevölkerung frei bei Bewegung vorgehen, während jede legale Verdrängung der völkischen Freiheitspartei im Wahlkampf gewaltsam zu unterbinden verdrängt, organisieren in Preußen, Sachsen und Thüringen die Kommunisten mit Wissen des Herrn Schwering den Bürgerkrieg. Diese Aufgabe muß im deutschen Volke eine heftigste Erregung auslösen, die die bisherige Unfähigkeit der Reichsregierung noch gesteigert wird.“

Sie richten daher an Sie in letzter Stunde das dringende Ersuchen, im Interesse des deutschen Volkes gegen die Willkürherrschaft in Preußen, Sachsen und Thüringen und gegen die Vorbereitung des Bürgerkrieges durch die Kommunisten in Preußen, Sachsen und Thüringen zu unternehmen, die gestatte sind, unabänderlich Anglist von Deutschland abzuwenden. Bei der Bedeutung dieser Frage darf ich wohl um eine umgehende Antwort bitten, das mich ihrer in der Lage sind, die tiefgehende Beunruhigung unserer Freunde im Lande zu beschwichtigen. (ges.) Dr. Wulle, M. d. R.

Das Münchener Turnfest.

München 16. Juli. Die feierliche Uebergabe des Bundesstandes der deutschen Turnerschaft an die Reichsstadt München gestaltete sich in Anwesenheit einer vieltausendköpfigen Menge zu einer großen nationalen Kundgebung. Die Turner waren überall Gegenstand herzlichster Ovationen. Mit lebhaften Entzürnen wurde die Rede des Reichspräsidenten, die die Uebernahme der Turnerschaft herliche Grüße entbot und gegen die französisch-bolschewistische Politik protestierte, die darauf ausgehe, einen Keil in die Reichseinheit zu treiben. Am der Redner verheiratete, das Bayern sich in Freue zu den deutschen Wärdern, und das deutsche Turnfest als ein feierliches Bekenntnis zum gemeinsamen deutschen Vaterland pries, erinne stürmischer Beifall. Mächtig lang das Deutschland über den Platz. Mit dem gemeinsamen Segen des Reichspräsidenten und von „Deutschland hoch in Ehren“ schloß der Festakt, das sich ein offizieller Begrüßungsabend in der Festhalle anreichte.

Wie es bei einer so ungeheuren Massenveranstaltung nicht anders möglich ist, haben sich anlässlich des 13. Deutschen Turnfestes auch manderlelei bedauerenswerte Zwischenfälle abspielte. Am Sonnabend Vormittag entstand der erste Zwischenfall durch die Unvorsichtigkeit eines Turner, der unter den Turnern zu großen Unruhen erregte, das sie einen Bierstreich proklamieren und zum Teil sogar mit Unruhe drohten. In der großen Ausfallstraße „Matthiesbrunn“ erhiteten sich die Gemüter beiderseits, so das es zu scharfen Auseinandersetzungen kam. In einem Aufsehen erregenden Kampf am Sonnabend mittag am Reichsjustizministerium, als Nationalsozialisten den Versuch machten, mit

einer Dakenkreuzfahne sich dem Turnereue anzuschließen. Hier kam es zu ersten Austritten, so das blau-weiße und Garbentafel eingeworfen wurden, um mit blauer Fahne die Ansammlung zu zerstreuen. Ein auf diesem Anlaß am Sonnabend Abend erschienenen Extrablatt des nationalsozialistischen Organs, das den Zwischenfall als eine Herausforderung darstellte und den sofortigen Rücktritt des Reichspräsidenten forderte, wurde beiderseits in der Reichsstadt verboten. Im übrigen machte die Hinfälligkeit für die Sünderte von Personen, die durch die Dige und den Waffenbesitz zu Schäden kamen, dem Stills- und Erbnungsbeist die zu schaffen.

Verbot des „Börslichen Beobachters“.

Im Zusammenhang mit den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Polizei in München am Sonnabend wurde der nationalsozialistische „Börsliche Beobachter“ auf acht Tage verboten.

Aus Stadt und Umgebung

Abendspaziergang.

Zenange Höhe hatte volle zwei Wochen über unseren Hofstein gelagert, drückende Schwüle war Menschen wie Fieren fast untraglich geworden, man lechzte förmlich nach einer Milderung dieses „sonnigen“ Zustandes, verunmündete beinahe des Abends, tief blau am klaren Firmament. Und gestern Abend endlich ging unter Sturmwind in Erfüllung, was es regnete, nicht lange und wie es nötig gewesen wäre für die Früchte des Feldes, ausgiebig durchdringend, aber ein stütziger Guß kam mitunterlang vom Himmel herab und brachte Erquickung und Abfall. Abends ging man dann aus, als die Wolken schon wieder der blauen Himmelstugel hatten weichen müssen, man machte einen Abendspaziergang wieder mit möglichem Genuß für Leib und Seele. Alent- haben Gog man die frische Luft in die fast ausgebreiteten Augen, und den Blumen und Gräsern gleich hob man freier das Haupt. Die Früchte des Feldes machen einen herrlich erquickenden Eindruck, wenn auch das stillesse Maß nur wenige Minuten in den trockenen Boden eingedrungen sind. Selbstes Grün leuchtete wieder hervor aus dem weissen Getraide, und die Menschen hatten offensichtlich ein freundlicheres Aussehen. „Die Fenster auf, die Türen auf, die erquickende frische Abendluft zog in die laubarmen Zimmer ein. Und hinaus flog der Wind zum Himmel, wobei die in blauen Wolken purpurroten und gelben Sonnenfleckern legten Gruß den milden Städten zujandte.“

Bieder 100% Zarfischerhöhung bei der Reichsbahn.

Wie wir erfahren, dürfte die neue am 1. August einsetzende Tarifverhöhung bei der Reichsbahn mindestens 100 Prozent betragen. Einbigliche Beschlässe darüber wird der für den 18. Juli einberufene Ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates fassen.

Anglistische Brotmarken.

Die Brotmarken Nr. 11, 12 und 13 der anglistischen im Umfang befindlichen Brotmarkenbogen werden, das Verantworte des Kreisaustrittes, für unanglistisch erklärt. An ihre Stelle treten neue Brotmarken. Die für unanglistisch erklärten Brotmarken werden von der Kreisverwaltungsstelle mit Mehl nicht befüllt.

Personalnachrichten vom Landesfiskus.

Verleget: Kulturanwalter, Diplom-Landwirt stoch von Mühlhausen zum Kulturanwalt Halle a. S., Regierungslandweiser Glaw, von Magdeburg zum Kulturanwalt in Mühlhausen, Oberlandweiser Stömmner von Göttingen zum Kulturanwalt in Oberlandweiser, Kulturanwalt Märten, von Efenach zum Kulturanwalt Magdeburg-Stad., Kulturanwalter Gellert von Stendal und Kulturanwalter Dr. Truppel von Mühlhausen zum Landesfiskusamt Verberburg. Als Kulturanwalter zum Kulturanwalt Halle a. S. Ernannt: Gerichtsreferendar Dr. Deber in Efenach und Dr. Roth in Stendal zu Kulturanwaltern, Referendare, Vermessungsdiplome Marell in Mühlhausen, Sadje in Mühlhausen, Nebel in Erfurt zu Vermessungsreferendaren, Kulturanwalter Dräger in Halle, Deuser in Mühlhausen, Dastler in Stendal zu Vermessungsdiplomen. Anglisten: Hoflandwärtler Wende als Kulturanwalter zum Kulturanwalt in Mühlhausen.

Nachnahmen und Kollaufträge bis 3 Millionen.

Die Vorforderung ist mit Wirkung vom 15. Juli an dahin geändert worden, das mit einem Kollauftrag und einer Nachnamendebote bis zu 3 Millionen eingezogen werden können. Vorkreditbeträge können bis zu 10 Millionen lauten. Abgehoben werden können bis zu 1 Million an einem Tage.

Kollaufträge.

Die plöckig eingetragene Hige führt aus in diesem Jahre wieder zu Unruhen unter dem Reichsbanner. Der Kollauftrag ist höchstschickig. Galt, das sich schon ziemlich stark verbreitet und vielfach Opfer unter dem Schweinefleisch gefordert. Die Zerhalter werden daher dringend darauf aufmerksam gemacht, ihre Tiere rechtzeitig durch Zumpfung zu schützen. Viele Besitzer haben sich verweigert, die dazu verpflichtet lassen, ihre Schweinefleischer selbst zur Gewinnung von Zeilen zu verwenden oder vergaben die Hinfälligkeit der Einfachheit halber in dem Garten. Durch solche Handlungen wird die Zeude nicht befreit, sondern nur weiterverbreitet und verschlept, wodurch ein Gefahr für die Nachbarviehhalter besteht. Sämtliche bisher festgestellten Fälle sind der zuständigen Behörde gemeldet und haben zu nicht unerheblichen Beiträgen geführt.

Deutschnationale Volkspartei.

Die hiesige Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei befindet sich in einer recht lebhaften Mitgliederbesammlungen, die von Herrn Stadtrat Giehard geleitet wurde, die Gründung einer Arbeitergruppe, zu der sich die der Partei gehörenden Angestellten, Arbeiter und Beamten zusammenfassen. Hauptzweck ist die politische Schulung durch häufige Vortragabend in denen besonders Wert auf die Ausbreitung gelegt werden soll. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und durch einige Zuwächse ergänzt. An Stelle des angehenden Redners, der völlig vereinzelt mußte, hielt Herr Nikolaus Schäfer einen sehr geschäftlichen Vortrag über „Die Traut der deutschen Geschichte“. Die Ausbreitung über diesen Gegenstand war sehr erregend.

Das Recht des verheirateten Beamten auf seine Wohnung.

Ueber die Rechte des verheirateten Beamten auf seine Wohnung hat der Richter für Volkswirtschaft eingehende Bestimmungen getroffen. Die Wohnung eines verheirateten Beamten wird nur frei, wenn ihm am neuen Ort eine andere zur Verfügung gestellt wird. Sonst hat der Beamte das Recht, seine bisherige Wohnung als Zufluchtsort zu benutzen. Ein verheirateter Beamte ist auf Verlangen von dem Beamtenverordnungsamt zu genehmigen. Ueber die freierwerbende Wohnung kann die zuständige Behörde zugunsten des Amtsnotars oder eines Beamten ihres Amtsbezirks ver-

Sidi Marik.

Roman von E. vom Vogelberg.

Amerikanisches Copyright 1920
by Carl Dancker, Berlin.

Nachdruck verboten.

Im Galopp jagten die Pferde über den hartgebadenen Sand. Auf dem Gesicht des Arabers stand immerfort das selbe verbängliche Lächeln, während der Weisze neben ihm die Leibe zusammenbrach und aus den schwarzen Gesäßhaken seiner Seele heraus innerlich witzte. Der Beduine war ein schöner Mann von einigen vierzig Jahren. Breit in Brust und Schultern, trug er den Kopf mit dem kurzen krausen Vollbart vornehm und stolz. Das Gesicht, das halb verhäßt war und eine wenig dunkle Hautfarbe erkennen ließ, erschien immer freundlich liebenswürdig durch das selbe Lächeln, aber manchmal glom ein wilder, zuckender Blick für den Besucher einer Sekunde darin auf. Der Weisze neben ihm war fast noch brauner als sein Begleiter. Der schwarze Vollbart hing ihm wüst und verwidert ins Gesicht, das in eitel Blut und Hintersinn zu bräunlich schien. Während der Araber die lange Kinnleiste vor sich auf dem Sattel liegen hatte, hing an der Seite des Weiszen nur der Neobalgurt, den er ab und zu mit einem grimmigen Blick freiließ. Er hatte verdorrten auf dem prachtvollen Tier und starrte mit zusammengespreizten Klappen auf dessen Kopf.

„Wie lange soll das Fortwärtstrotten noch dauern, Said Ibrahim?“ warf der Weisze schließlich unruhig hin. „Auf diese Art kriegen wir die Hände bald auf den Nadeln.“ Der Beduine ließ ein wenig die Zähne sehen.

„Wir haben noch keinen Boden für die Pferde, Sidi Marik“, sagte er ernsthaft. „Aber du siehst dort hinten die Bodenwelle — dort können die Pferde laufen.“

„Sie können und müssen“, murkte Sidi Marik voll verhaltenen Wut. „Ach beschwehe mir, ob wir ohne ein Loch in der Seele dorthin kommen.“

„Mach ab!“ meinte Said Ibrahim und das Lächeln blieb auf seinem schönen Gesicht stehen. „Gott ist groß, er wird mit uns sein.“ Mittraufsch sah ihn Sidi Marik von der Seite an und drehte sich dann plötzlich auf dem Pferde rücken um.

„Oh, nun mag uns Gott oder der Teufel helfen!“ Er warf einen anliegenden Blick auf den Neobalgurt und trieb sein Pferd mit leiserer Hand weiter. Auch Said Ibrahim ließ das Tier laufen, vielleicht noch tausend Schritte. Dann wurde der Boden auf einmal elastisch wie ein Gummi. Es lag immer noch Sand vor ihnen, aber irgendein Naturereignis hatte ihn zu einem weichen Laubboden für Pferde zusammengeballt. Auf der ziemlich klaffen Grenzlinie, die die beiden feindlichen Sandflächen schied, hielt der Beduine mit einem kurzen Nuck das Pferd an und wandte es um. Unter den halb aufsteigenden Araber her suchten die Augen den Horizont ab. Da, wo sich der graugelbe Sand flümmerte mit dem blauen Himmel mischte, näherte sich eine Reihe von Bänken den beiden Reitern mit ziemlich schneller Schnelligkeit. Der Beduine wußte mit dem immer noch halbgeschlossenen Augen die Entfernung. Der Weisze sah gelassen zu, wie Said Ibrahim jetzt die Kinnleiste in die Bänke legte. Mit einer plötzlichen, ihm scheinbar selbst überraschenden Bewegung aber faßte er ihn am Arm und suchte diesen an dem Ende des Burnsus herunterzuziehen.

„Laf das Schiefen!“ Und als das nichts half, zog er stärker an dem rauhen Gewebe.

„Es lohnt sich nicht, Menschen zu opfern wegen des Plunders, den mir die Bänke gestohlen hat. Große Kinder, weiter nichts!“ Und sagte ihm nicht, was würden die ganze Gesellschaft noch vor Sonnenuntergang unversehrt in die Bänke bekommen?“

„Ich sagte es“, Said Ibrahim konnte sich immer noch nicht von seinem Entschluß erholen. „Aber sie haben doch doch befohlen.“ Er schob das ein wie eine leise, beiseitene Mahnung. Der Weisze machte eine heftige Bewegung. „Sie haben mich befohlen, das ist richtig. Aber was hatte ich in ihrem Lande zu suchen?“

„Du hattest das Recht auf Gastfreundschaft“, sagte der Araber sehr bestimmt.

„Das hatte ich allerdings“, gestand der Araber verduzt und ägernd. „Aber wenn mir das Recht verweigert wird, dann kann ich doch den Verweigerer nicht gleich über dem Scheitel hängen, Said Ibrahim!“

„Das kommt dir. Denn die Verweigerung des Gastrechts ist eine schwere Beleidigung, die Allah nicht ver-

zeihen würde. Aber nun, Sidi Marik; sie sind uns auf dem Herzen — soll ich die Augen im Laufe laffen?“ Statt der Antwort trieb der Weisze sein Pferd stärker an. Ohne eine Miene zu verziehen, tat der Beduine das Gleiche. Im Galopp flogen die Tiere über den ebenen Boden. Aber schon nach wenigen Minuten wandte sich der Araber wieder um. „Soll ich nicht doch schließen, Sidi Marik?“

„Wenn es sein muß...“, murkte der Weisze. Aber der Araber ließ nun die Kinnleiste hängen und rührte sich auch nicht als es plötzlich aus himmelweiter Ferne hinter ihnen knatterte. Das Pfeifen von Augen war indes zu hören, nach einer Weile knallte es wieder, diesmal schon näher und kräftiger. Der Araber beugte sich über den Kopf seines Pferdes und murmelte ihm ein paar halbsaure Worte ins Ohr. Das schöne Tier ließ ein heftiges Schnauben hören und griff mit verdoppelter Schnelligkeit aus. Sidi Marik folgte im Abstand von ein paar Längen. Wie zwei blühschnell vorangehende Vögel flogen die beiden Tiere über den Sand. Wie zur Nachbesserung ihres Zorn knatterte es jetzt zum drittenmal hinter ihnen und diesmal gingen auch ein paar Augen mit leiseren Stimmen über ihre Köpfe hinweg. Da tauchte plötzlich ein großes Steinfeld vor ihnen auf, dessen riesige graugelbe Blöcke wie riesigen Spielzeug wild aufeinander gestürzt lagen. Gleichgültig neigte sich das Sandfeld nach gegen Westen einem breiten Wadi (trockenes Flußtal) zu, von dem jedoch vorläufig nur der gegenüberliegende Rand zu sehen war! Wie auf Kommando zügelten die beiden Reiter beim Anblick dieses fahlen Streifens die Pferde, die mit leiseren Wiedern in eine langsamere Gangart verfielen. Der Weisze schien tief beunruhigt zu sein, denn sein Gesicht hatte viel von der fetterigen Grimasse verloren.

Der Beduine legte den Kopf zurück und ließ einen nicht eben lauten, heiseren Schrei hören, den schellenden Ruf des Jenseit, des großartigen Wüstenfuchses. Die Antwort kam sogleich von irgendwoher. Im gleichen Augenblick bog der Reiter um eine höckerige Felswand und vor ihnen lag ein schmaler, langgestreckter Dattelpalmenwald, der wie ein Wunder aus Taubendünenemacht aus dem verdorrten Gestein und Gestirrt der Wüste aufstieg.

(Fortsetzung folgt)

Strickjacken

Jumper, Kimono, Strandjacken
Tricotblusen in Seide
weit unter dem heutigen Einkaufspreis
im Woll-
spezialgeschäft **H. Schmalk**
13, Oelgrube 13.

Familien-Nachrichten.
Verheiratet Karl Stengel
m. Frau Pauline geb. Nisse,
Gollnow.
Gez. 210. Nisch,
39 J. Merseburg; Otto
Fleischer, 27 J. Spergau;
Nehm. Seiger, Köthen;
Wilhelmine Seiffert, 48 J.
Schkeuditz; Selma,
48 J. Schkeuditz; Kurt,
67 J. Cursdorf; Marie
Stärke, 79 J. Schkeuditz;
Gustav Jäger, 63 J.
Weißfels; Kurt Schmidt,
24 J. Weißfels; Helmut
Weißfels, 24 J. Weißfels;
Helmut, 24 J. Weißfels;
Kath. Weißfels.

Kurt Freygang,
Kartoffel-Großhandlung,
Große Ritterstraße 5, Telefon 434,
früher Lebensmittelamt.
Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer
(bei Bestellung liefern frei Haus).
Am Lager
alle und neue Kartoffeln
zum billigsten Tagespreis.

Bade dich gesund mit „Dr. Hermensens
medizinischen Badesätzen“!
Keine teure Badereise nötig!
Dr. Hermensens künstliche Heilquellen-Kurbäder im Hause,
Aachener, Baden Badener, Elstener, Kissinger, Homburger,
Kreuzbacher, Nauheimer, Herzheilbäder, Neuenahrer,
Pernonter, Reichenheller, Salschlicher, Wiesbadener Kur-
bäder, Moorbad im Hause, Dr. Hermensens Luxusbad und
Dr. Hermensens Eis-Polar-Bad.
Man frage seinen Arzt.
In allen Bade-, Heil- und Kuranstalten verabreicht.
Zu haben in Apotheken u. Drogerien, wo nicht, direkt durch
Hermensens-Werke
Ver. einigte Chemische Fabriken
Berlin-Friedrichshagen.
Größte Fabrikation Deutschlands in Fichtennalextrakt und
anderen medizinischen Badesätzen.

D. H. V.
Morgen 8 Uhr abends
Verjüngung
im Reichshaus.
Nationalkassen
(beide Nummern erben)
kauft 13. Jäger, Berlin,
Borsdamer Straße 38
Spezialzimmer
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Küchen
Möbelwerkstätte
Hiller, Leipzig,
Langestr. 22.

Friedrich
Ofen
zu kaufen gesucht.
Offert unt. J. 3 25
an die Exped. d. Bl.
Sägereimaschinen
Lokomobilen
Dampfanlagen
Dieselmotoren
Windturbinen
Textilmaschinen
Feldbahngleise
beliebig gebraucht und
J. Carl Suhr,
G. m. b. H.,
Hamburg, Rentzelstr. 6.

Bettwäsche!
Der schnellste Kauf ist der vorteilhafteste!
Sie haben noch die günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf in unseren
Artikeln wirklich billig, weit unter den heutigen Wiederbeschaffungs-
preisen bei uns zu decken. Versäumen Sie aber keine Zeit, denn
hohe Preise stehen bevor.
Der Weg zu uns lohnt sich.
Eigene Fabrikation, daher gute Verarbeitung.
Bettzüge, weiß 128 000.— 155 000.— 180 000.— etc.
Bettbezüge, bunt 155 000.— 180 000.— 210 000.— etc.
Kissen in passenden Qualitäten.
Bettlaken 85 000.— 110 000.— 130 000.— etc.
Inlette, fertig genäht 160 000.— 220 000.— 440 000.— etc.
Handtücher 8 000.— 15 000.— 25 000.— etc.
Wäschestoffe 25 000.— 29 000.— 33 000.— etc.
Ca. 500 Stück **Tischtücher riesig billig!**
mit kleinen Webfehlern
Reiche Auswahl zu wirklich niedrigen Preisen in **Damasten,**
Lakenstoffen, Tischtüchern, gestickter Bett-
wäsche, Streifstoffs und Barenendecken.
Zuvorkommende lachm. Bedienung.
Sichern Sie sich durch Anzahl, gekaufte Waren zur späteren Anholung.
Berliner Bettwäsche-Fabrik,
Verkaufsbüro **Halle, Ludwig Wuchererstraße 28.**
Geöffnet von 8-6 Uhr.

Gallenscheidenleiden verwenden Antigallin.
In allen Apotheken zu haben

Asthma-Inhalatorium
System Dr. Olpe-Düsseldorfer
Halle a. S., **Acker Markt 211, Tel. 3974.**
Ambulatorische Behandlung von Asthma und
verwandten Leiden, veralteten Katarrhen, Grippe,
Keuchhusten, Hustenparoxysmen. Ständige ärztliche
Zusicht und Überleitung. Sprechstunde 9-12,
4-6 (außer Sonntagen). Auskunft im Institut.
— Prospekt für Mk. 150.— postfrei. —

Zücht. älter. Mädchen
oder einfache Stütze
für gut bürgerlichen Haushalt bei zeit-
gemäßem Lohn sofort od. später g e s u c h t.
Zu erfragen in der Weißhofsstraße d. Bl.

Herren Verzi. Nebenlode, bietet sich eine mit
großem Einkommen verbundene,
solide Existenz, auch als Nebenberuf. Jones Jones
leitet, Berlin, S 14 für Rückantwort adressiert,
Freikvortier ermöglicht.

12000 Mk.
pro Kilo
für angespielte und
zerrochene
Grammophon-
Platten
zahlt
Gustav Uhlig,
Halle a. S.,
Untere Leipzigerstr.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder
Art
ampliert in großer Aus-
wahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Halle a. S., Gr. Märkerstr. 26
am Kaiserplatz.

Eleganter Grad
mit Spore, 3 mal gett.,
für 1 halbe Figur, 1,85 m.
gr., zu verkaufen.
Anfragen unter 451/23 an
die Weißhofsstr. d. Bl.

Neues S. H. u.
kauft
Herrenverpflichtungssamt
Leipzig-Dohlitz, Dreyerstr. 5.

Älterer Herr sucht in gut bürgerlichem Hause
balbigit **möbliertes Zimmer.**
Wäsche wird gestellt. Off. u. Fr. Exp. d. Bl. erbeten.

Junger Herr sucht
möbl. Zimmer
für sofort od. später Gute
Bezahlung. Angeb. unt.
435 an die Exped. d. Bl.
Junger Kaufmann sucht
gegen gute Bezahlung,
möbl. Zimmer
Angebote unt. No. 396/23
an die Expeditions d. Bl.
Ein oder zwei gut ein-
gerichtete
Zimmer
von Kaufmann zu sofort
gekauft. Bäder sind ge-
stellt. — Angebote unter
664/23 an die Exp. d. Bl.

Moore-
bäder von ausgezeichneter
Heilkraft bei Rheuma,
Nichtas, Frauenleiden.
Ein Wagon erst-
Schmidtbeberger Moore-
erde frisch einetroffen.
Johannsbad, Tel. 576.
Vogelbauer mit Säulen
(Austbaum) u. ein Sche-
baum zu verkaufen. Wo?
Zu erfrag. i. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
zu mieten gesucht.
Offerten unt. 13 36 an
die Weißhofsstr. d. Bl.
Brieftasche
mit Inhalt
am 4. Juli 1923 auf der
Leipziger Chaussee
gefunden!
Abgehoben beim
Amtsvorsteher.
Beneuten.

Optikerstr.
Fischer
Merseburg Markt 24,
Fachmann f. wissenschaftl.
richtige Augenlaser
Erstes optisches Spezial-Geschäft am Platze.

Grammophone
Schallplatten
Nadeln
Große Auswahl
in Apparaten,
u. Tanzplatten
(neueste Aufnahmen)
Rückkauf von Platten-Altmaterial.
Verlangen Sie kostenlos Verzeihnis.
C. A. KLEMM .: Leipzig
Neumarkt 26 Fernruf 206

Strebsamen Lenten
ein. Wohnung od.
Laden richten wir eine
Veihbibliothek ev. ver-
bunden mit Buchverlan-
dgeschäft ein. Modern.
Film, Drehstuhl u. Groß-
Lichtstrom. Ort gleich-
gültig. Mk. 150 000.—
erforderlich. Kauf. Ein-
nahmen. Glanz Verzeihnis.
Mod. Volksbücher-Berlag
Leipzig-Volkmarstraße,
Lukastr. 3.

Metalbetten
Stahlmatr., Kinderbett, dir.
an Privatw., Katal. 59 C. frei.
Eisenmöbel-f. Suhl (Th.).

Beilage zu Nr. 165 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 17. Juli 1923

Landesvertreter.

Es ist bekannt, daß unter Führung Ledebours ein Teil der früheren USPD, die Vereinigung mit der SPD zur USPD nicht mitgemacht hat, sondern als USPD bestehen blieb. Diese der drei sozialistischen Parteien gibt ein Hauptorgan unter dem schönen Titel „Werkruf“ heraus. Wie Ledebour und seine Genossen ihrem Hauptblatt den Namen „Werkruf“ gegeben haben, bleibt unverständlich. Ironisch könnte man den Namen vielleicht dahin auslegen, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der deutschen Republik aufgeweckt werden soll gegen dauernden Verstandenen oder offenen Landesverrat. Denn, was in der letzten Hinsicht im „Werkruf“ geleistet wird, das kann wahrlich mit der „Noten Faune“ der SPD in Konkurrenz treten.

In einer der letzten Nummern des „Werkrufes“ lesen wir folgende Sätze:

„Weshalb schreitet die Entente gegen diese händlichen freudischen Verlegungen des Verfallers Vertrages nicht ein? Napoleon I. ließ sich von den damals ziemlich winzigen Preußen mit den Krämpfershüten täuschen und mußte es kaum ein Jahrzehnt später — 1813/15 — bitter büßen. Preußen siegte schließlich im Verein mit seinen Bundesgenossen gegen Napoleon. Es kam die „heilige Alliance“, d. h. die Niederhaltung der eigenen Wölfer in Preußen Österreich, Rußland; es kam die politische Rinkernis der Weltreich und. Es kam 1848, Brangel, Bismarck usw. Es kam die große militärisch-diplomatische Entwertung, es kam das Sozialistengesetz, Wilhelm II. und schließlich der Weltkrieg! Will die Entente sich von den schwarzen Krämpfern des Jahres 1922 ebenso bezauern lassen, wie Napoleon I. sich zu Anfang des 19. Jahrhunderts von den Schwirren des neuen Krieges hinteres Licht führen ließ? Weshalb schreitet die Entente nicht ein? Weshalb nicht?“

Um den Sinn dieser geradezu unauflösbaren Sätze verstehen zu können, sei gesagt, daß der „Werkruf“ in diesem Landesvertreterischen Aufsatz behauptet, daß verschiedene Reichswehrformationen in erster Linie Studenten zu Ausbildungszwecken über den Staat einstellen würden. An dieser Behauptung ist kein Wort wahr, aber, selbst wenn es auf Wahrheit beruhen würde, müßte es doch als gemeiner Landesverrat geachtet werden, hiergegen die Entente anzurufen. Ebenso bedeutet es einen niedrigen Landesverrat, wenn die deutsche Befreiung von 1813 demert in den Schmutz gezogen wird und wenn sogenannte Deutsche sich nicht entschließen, die Niederlage Napoleons 1813/15 zu „bedauern“. Unmissverständlich muß man zwei Fragen beim Lesen dieser gemeinen Landesvertreterischen Sätze aufwerfen: 1. Wer bezog den „Werkruf“ und die dortigen Schwirren und 2. warum schreitet unsere Regierung nicht gegen derartigen Landesverrat ein?

Die zitierten Sätze des „Werkrufes“ sind von der französischen Presse begierig aufgegriffen worden. General Koller hat sich in eigener Person nach Paris begeben, um dieses „Anlagematerial“ seiner Regierung gegen Deutschland zu unterbreiten. Hier einhundert wäre eine Aufgabe des Staatsgerichtshofes, die ihn bei allen rechtlichen Deutschen in Ansehen bringen würde.

Die Krise innerhalb der Sozialdemokratie.

läßt sich nicht länger in Abrede stellen. In der sozialdemokratischen Presse wird in der letzten Zeit auffallend viel von Außenweirern und Renegaten geredet. Diese Erscheinung geht zurück bis in die Zeit, da sich die Partei zum ersten Mal gründlich mit der Frage des nationalen Bestandes auseinandersetzen hatte; und sie mußte im Augenblick der Aufzählung neue Aufgaben gewinnen. Man kann aber darauf „wetten“, so schreibt Arno Franke in dem sozialistischen „Firn“, „heißt“, wenn in der Sozialdemokratie viel die Rede von Außenweirern und „Renegaten“ ist, wird diese Partei von inneren Konflikten heimgesucht. Und so sind denn auch diesmal die Renegaten, von denen man redet, nicht gewisse Nebenwörter, die nach dem 9. November bei der Partei anfragen können, was man ihnen für einen Beitritt zu bieten habe, die dafür von der Partei statt des verdienten Auftritts mit Ehrenpothen vom Staatssekretär bis zum Aufsichtsratsvorsitzenden des „Vorwärts“ bedacht wurden, und die sich dann als gemeingefährliche „Gaster“ sind Parteigenossen mit einer meist jahrzehntelangen Parteizugehörigkeit, auf vielen und vielfältigen Posten erprobt, es sind Leute, die in den Zeiten der Parteihaltung oft unter den schwierigsten Verhältnissen zur Partei gehalten haben, und deren Leben sich von ersten Tage ihrer Mitgliedschaft an unter den wachen Augen der Parteigenossen ihres Bezirkes, Distriktes, ihres Landes und Wahlkreises abgelebt hat.“ Diese Worte stellen eine klaffende Christelze für diejenigen Kreise innerhalb der Sozialdemokratie da, die so gerne begeben, den allein echten Ring des Sozialismus zu begeben. Ja, sie verurteilen letzten Endes die ganze, eigentlich doch auch erst novemberrische sozialdemokratische Einzelbewegung, die in der Sozialdemokratie gerade die sozialistische Angelegenheitsbewegung ist doch novemberrisch, und gerade sie tut sich Wunder auf ihre Grund- und Zielbewußtheit zugute. Wohl ihr!

„Keine Partei Deutschlands“ aber „hat in den letzten Jahren ein weniger geschlossenes Gedankengebäude dargestellt, als die deutsche Sozialdemokratie. Wenn man die geistig-politische Verfassung der Partei etwa seit 1918 mit einem Worte charakterisieren sollte“, so schreibt Arno Franke, „so könnte man sie nur als Haltlosigkeit bezeichnen. Welcher Weg von der nationalen Orientierung, die in der Bewilligung der Kriegskredite selbst um den Preis der Parteipaltung ihren Ausdruck fand, bis zu der abermaligen Verbindung mit den Elementen, die gegen diese einfache Fiktion gegen Volk und Vaterland opponierten und die Färbung der Bewegung in der eigenen Partei erhoben! Welcher Weg von

dem schon oft zitierten Worte: „Die Hand müsse verdorren, die den Friedensvertrag der Entente unterzeichnet!“ bis zu dem Einzuge des Mannes, der „kein Vaterland kennt, welches Deutschland heißt“, in den Vorstand der deutschen Sozialdemokratie.“

Dieser Krise, dieser „Haltlosigkeit“ sind natürlich Erscheinungen wie der sozialistische Zentralverband der Angestellten“ besonders stark ausgelegt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband diese Tatsache feststellt. Grundsätzlich ist es schon, wenn man im sozialistischen Angestelltenlager auch heute noch so tut, als wisse man von gar nichts und z. B. erklärt: „Um den Zerfall des R. N. laß dir keine grauen Haare wachsen, lieber D. N. Dieser fromme Wunsch wird dir nicht erfüllt.“ Als ob diese Novemberleute eine sich anbahnende, naturgegebene Entwicklung aufhalten könnten! Da sieht denn doch der wirkliche Sozialdemokrat Arno Franke weitaus schärfer. Und was er von der Sozialdemokratie sagt, das gilt er recht von einem ihrer einseitigen Exponenten, dem J. d. U.

Politische Rundschau

Kohlensteuer in Dollar.

Die Rheinlandkommission hat, wie das „Echo du Rhin“ meldet, beschlossen, die Erhebung der Kohlensteuer „strenger“ durchzuführen. Künftig sollen alle Steuerzahlner jeden Monat an die interalliierten Zechen- und Abrikontroll-Kommissionen eine Steuererklärung abgeben. Die Steuern sollen in Markt fälliger werden. Die Zahlung muß aber, nach dem amtlichen Kurs der Berliner Börse vom 15. jeden Monats umgerechnet, in Dollar erfolgen. Bei Verzögerung der Zahlungen erhöht sich der Steuerfuß um 50 v. H. Als weitere Strafe ist die Beschlagnahme der mobilen und immobilien Vermögen vorgesehen.

Nach einem anderen Beschluß der Rheinlandkommission wird der französisch-belgischen Eisenbahnzone im besetzten Gebiet als „Entschädigung“ für die Personen- und Materialschäden, die durch die Artentate auf den Gleisstreifen entstanden sind, 2½ Milliarden ausbezahlt. Für den Fall, daß diese Summe nicht freiwillig vom Deutschen Reich gezahlt wird, soll der Betrag in den öffentlichen Kassen des besetzten Gebietes „beschlagnahmt“ werden.

Das Minderheitsrecht in Oberschlesien.

Die deutsche Schule in Rybnik.

Der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Bundesrat Calonder, hat keine erste Entscheidung in einer deutsch-polnischen Streitfrage gefällt. Es handelt sich um die Schulverhältnisse für die Minderheit in der in Ost-Oberschlesien gelegenen Kreisstadt Rybnik. Die Entscheidung des Präsidenten ist sich ungenügend zu sagen. In dem beschwerdeführenden deutschen Schulratsentscheidungsamt und weiß den vorläufigen Entscheid des polnischen Minderheitsamts als irrig juristisch. In den Ausführungeen Calonders wird das Verhalten der Rybniker Ortsbehörden

gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung missbilligt. Die Behörden werden verpflichtet, für die von ihnen aufgeborene Schule entweder das frühere Gebäude wieder herzurichten, oder ihr andere gleichwertige Räume zu geben.

Einjahren gegen die „Role Pagine“.

Gegen die „Role Pagine“ ist, wie der Amtliche Preussische Preßdienst mitteilt, sofort nach Erscheinen des Artikels „An die Partei“ vom 12. Juli ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden.

Die Feuerung in Bayern.

München, 15. Juli. Am Hausausstoß des Bayerischen Landtages teilte der Abgeordnete Wähler (Dem.) die Unübersichtlichkeit auf die in den letzten Tagen Sturmflut-aria umwühlende Feuerung, die sich in München anlässlich des Turnfestes besonders schwer auswirkte. Er müsse feststellen, daß die Reichs- und die Landesregierung anscheinend vollkommen untüchtig den Dingen ihren Lauf lassen. Der Abgeordnete Wähler (Dem.) betonte ebenfalls, daß die Preisentwertung geradezu benachteiligende Formen angenommen habe; er glaube aber nicht, daß es zur Befämpfung ein innerpolitisches Mittel gebe. Sein Parteigenosse, der christliche Arbeiterführer Abg. Kunt, beschränkte die Vorwürfe der letzten Tage in München als unrichtig; so könne es keine acht Tage mehr weitergehen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Endres erklärte, daß es in den Betrieben ganz bedenklich gäre und daß auch bei den Eisenbahnen die Unruhe groß sei; wenn nicht in den aller nächsten Tagen etwas geschehe, so halte er die Verneinung von Unruhen für ausgeschlossen. Der Minister Dr. Witt suchte mit der Bemerkung, daß die bayerische Regierung schon viele Vorschläge an die Reichsregierung gerichtet habe, ohne durchdringen zu können, anscheinend die Schuld auf die Reichsregierung abzuwälzen. Er erklärte weiter, er werde dafür sorgen, daß der Minister möglichst bald sich erneut mit den Verhältnissen beschäftige.

Der Reichsernährungsminister gegen die hohen Milchpreise.

Der Reichsernährungsminister Dr. Luther hat an den deutschen landwirtschaftlichen Reichsverband und den deutschen Landwirtschaftsrat ein Schreiben gerichtet, indem er unter Hinweis auf die Bedrohung der Kinderernährung die dringende Bitte an die milchproduzierenden Kreise richtet, sich bei Preisforderungen für Milch Zurückhaltung aufzuzeigen und sich nach Möglichkeit an der unteren Grenze der Entschädigungskosten zu halten. Zwecklos gibt damit der Reichsernährungsminister einem allgemein geübten Waidwörter Ausdruck. Ob aber auf diesem Wege sich sehr viel erreichen lassen, bleibt mindestens abzuwarten. Die Landwirtschaft pflegt in den Monaten vor der Ernte und auch während der Ernte an Geldüberfluß nicht zu leiden. Die an sich schon im Frieden stets vorhandene Anspannung des landwirtschaftlichen Kredits in den Sommermonaten wird durch die katastrophale Geldentwertung der letzten Jahre noch bedeutend vermehrt, da ja auch die letzte Ernte längst verkauft ist und zwar zu Preisen, die nur dann als entsprechend bezeichnet werden könnten, wenn es gelungen wäre, das Geld wertverfähig anzulegen. Gerade aber dies ist für den Landwirt häufig eine fast unlösliche Aufgabe. Und da gerade heute unter kommunalistischen Einflüssen eine starke Lohnbewegung unter der Landarbeiterschaft eingetreten ist, so entsteht das Problem, die stetig steigenden

Betriebskosten aus den Erträgen der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe zu decken, das sind Milchzucht, Garten- und Obstbau. Die Milchsteuerung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit Geldentwertung und Lohnbewegung. Wir haben in den vergangenen Monaten erlebt, mit welcher Zurückhaltung der Preuß. Minister des Innern gegenüber den Landarbeitern aufgetreten ist. Es wäre aber gerade seine Aufgabe, hier einzugreifen, denn zwischen Milchpreis und landwirtschaftlichem Lohnniveau besteht ein unmittelbarer Zusammenhang gerade in diesen Monaten.

Kunst und Wissenschaft

Die Frau auf dem Ziel.

Eine erregte Kundendebatte fand in der Breslauer Stadtdirektorenversammlung über ein von der Stadt bei dem Berliner Bildhauer Bode in Auftrag gegebenes Kunstwerk statt. Es handelt sich um eine weibliche Figur, die in der Nähe einer Kirche zur Aufstellung gelangen sollte und für die als Thema „Die Flucht nach Ägypten“ auszuwählen war. Der Künstler hatte eine auf einem Ziel retende Frau dargestellt, war jedoch in der Übergabe der mit unseren heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr ganz harmonisierenden biblischen Einzelheiten etwas weiter gegangen, als es den Breslauer Stadtvätern für eine öffentlich aufzustellende Figur recht und erlaubt schien. So sitzt die Frau im Herrensitz auf dem Ziel; ihre Gewandung ist ferner äußerst unzulänglich und widerspricht nach den Ausführungen eines Redners der Würde des Darstellungsgegenstandes auf das Krassste. Im Stadtparlament kam es zu einer äußerst lebhaften Auseinandersetzung über die alte Frage, was in der darstellenden Kunst erlaubt und was nicht erlaubt sei. Das umstrittene Werk gelangt nun zwar zur Aufstellung, jedoch nicht an dem ursprünglich vorgesehenen Platz in der Nähe der Kirche. Dem Künstler selbst wurde noch 1 Million Mark als nachträgliche Unkostenschädigung bewilligt. Ob die Breslauer Stadtdirektorenversammlung mit sehr viel Mühe aus der Debatte herausgegangen ist, erscheint zweifelhaft; wenigstens wenn man dem wichtigen Wort eines ihrer Redner Glauben schenken darf, wonach eine Stadtdirektorenversammlung zwar über Wähler- und Stimmzettelpreise zu richten hat, nicht aber über Frauen und Ziel.

Der Verfassungsausschuss in der Studentenschaft.

Befanlich hat das Landgericht Göttingen in dem Prozeß des Vorstandes der Deutschen Studentenschaft gegen den früheren Vorsteher, Holzwarth, entschieden, daß es diesem unterlag, sich als Vorstand der Deutschen Studentenschaft zu bezeichnen. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß die Sprengung der großdeutschen Studentenschaft auf dem Erlanger Studententag verfassungswidrig war, daß die dort gefällte Wahl des Herrn Holzwarth zum Vorsteher der Deutschen Studentenschaft durchaus unzulässig war und demnach alle seine Handlungen, also auch die Einberufung der Sommer Studententagung und die dort gefassten Beschlüsse, juristisch völlig unhalbar waren. Das Landgericht Göttingen stellt ferner fest, daß „der Würzburger Studententag 1922“ als ordnungsmäßig einberufen und die alsiger (Holzwarth, Conti, Frick) die unbeschränkten hier als Vorstand gemäht sind, als vollberechtigter Vorstand der Deutschen Studentenschaft anzusehen sind, während den Besagten (Holzwarth, und Gen.) ein Recht, sich als Vorstand zu bezeichnen und dessen Geschäfte zu führen, nicht mehr zusteht.

Turnen, Spiel und Sport.

Leichtathletik.

(Umstich.) — Der Saalegau-Vöhl. Ausstoß entfendet u. a. die bewährten Merseburger Leichtathleten Kamm, Meißner, Pöschel und Becker, alle Sportverein 94-Merseburg, zu den Mitteldeutschen Meisterschaften nach Dresden.

13. Deutsches Turnfest.

Der Montag war ausschließlich der Jugendbewegung gewidmet. Die Jugendfeierstunde in der großen Festhalle war Neuerung und Erfolg für die Deutsche Turnerschaft zugleich. Die Festansprache hielt Dr. C. Meußdorff als Jugendwart, der gleich wie in Weimar in seiner Rede fast alles mit sich rief. Heute, Dienstag Vormittags 6 Uhr, begannen die Turn-Wettkämpfe. Mittwochs finden Spiele statt.

Das 13. Deutsche Turnfest im Film. — Am 16. August arbeiten die gemantelten Photographen, um diese größte turnerische Veranstaltung des Jahres 1923 in lebenden Bildern für alle Zeiten festzuhalten.

Nachkämpfe von Göttingen.

Fußball.

Das Stadion in Göttingen, bis auf den letzten Platz besetzt, war die Kampfstätte der Westinger der Engländer und Dänen, „Baa“ und „Göttingen“. Das Treffen brachte eine große Heberregung. Schweden brachte den Saapern eine empfindliche Niederlage, nach haushoher Heberregung, von 4:0 (2:0) bei. London verliert gegen Kopenhagen 1:2 mithin während des Turniers die 3. Niederlage einstehend.

Kampfwettkämpfe in Göttingen.

Hier haben sich die schwedischen Teilnehmer ganz überlegen gezeigt. Ueber 1500 Meter belegten die ersten Plätze durchweg die Schweden. Der Sieger brauchte 9:15,8. Ebenfalls bei 10 000 Meter, wo 6 Schweden die ersten Plätze belegten, der Beste in 55:58,2. Von den Ausländern war Bobbig-Weipig der Beste, der den 7. Platz belegte.

Dereinsnachrichten.

H. F. Neuröfen. — Die alten und jungen Mitglieder des Vereins haben ein großes Stück Kameraderie im Sport geleistet, indem sie fast nach 1/2-jähriger, unermüdlicher Arbeit ein neues, vollkommen ebenes Spielfeld von 80 mal 110 Meter geschaffen haben, welches jetzt der Öffentlichkeit übergeben werden kann. Wenn man den am Golfhof in Göttingen gelegenen Platz betriff, wird man erkennen können, wieviel Arbeit und Geldmittel seitens der Mitglieder aufgebracht werden mußten, um eine fast ideale Kampfstätte zu schaffen. Frei von politischen Parteibetrübungen will der Verein für Verbesserungen auf diesem Feld durch Verbreitung des Sportgedankens und Vertiefung in denselben Aufgaben verrichten. Am 4. und 5. August d. J. soll dieser neue, friedlichen Wettkämpfe dienende und unsere Jugend frei und starkmachende Sportplatz durch Abhaltung eines Verberberfestes seiner Bestimmungen übergeben werden, worauf schon heute hingewiesen sei.